

«Hartnäckig hält sich die Vorstellung, dass eine leistungsorientierte Schule im Widerspruch zur einer integrativen Schule steht.»



Elisabeth Seifert

Chefredaktorin

## Liebe Leserin, lieber Leser

«Die Vertragsstaaten gewährleisten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel, ... Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen ... und Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.»

Diese Sätze stehen in Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die 2014 auch von der Schweiz ratifiziert worden ist. Der Anspruch auf integrative Bildung von der obligatorischen Schule, über die weiterführenden Schulen, die Berufsbildung bis hin zu Weiterbildungen aller Art wird damit nicht zum ersten Mal formuliert. Ähnliche Forderungen sind auf internationaler Ebene zuvor etwa schon in der Unesco-Erklärung von 1994 in Salamanca festgehalten worden. In der Schweiz bilden das Behindertengleichstellungsgesetz von 2004 und das Sonderpädagogikkonkordat (seit 2011 in Kraft) den entsprechenden Rahmen.

In der UN-BRK steht der Anspruch auf integrative Bildung im Rahmen der generellen Forderung, Menschen mit Behinderung ein Leben als voll anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu ermöglichen. Eine Forderung, mit der wir – nicht nur – in der Schweiz vielfach noch am Anfang stehen. Seit Jahrzehnten bieten wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit besonderen Bedürfnissen zwar eine hochprofessionelle, spezialisierte Unterstützung an – allerdings vielfach in separativen Settings. Mit der UN-BRK kommt jetzt – hoffentlich – mehr Bewegung in die Sache. In ihrem vor rund zwei Jahren publizierten «Aktionsplan UN-BRK» haben auch die Verbände Curaviva Schweiz, InsoS Schweiz und VAHS konkrete Massnahmen entwickelt, um der UN-BRK Geltung zu verschaffen – auch im Bereich Bildung.

Die Beiträge in diesem Heft zeigen, dass sich die obligatorische Schule seit rund 15 Jahren bemüht, dem Prinzip «Integration

vor Separation» nachzuleben. So sind im Schuljahr 2018/19 rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf innerhalb der Regelklassen gefördert worden, auch wenn es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen gibt.

All diese Bemühungen stossen indes immer wieder an Grenzen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das Festhalten an traditionellen (Sonderschul-)Strukturen gehört dazu, auch die oft fehlende Zusammenarbeit von Sonder- und Regelpädagogik. Und immer noch hält sich hartnäckig die durch Studien längst widerlegte Vorstellung, dass eine leistungsorientierte Schule im Widerspruch zu einer integrativen Schule steht.

Um der integrativen oder inklusiven Bildung zum Durchbruch zu verhelfen, genügen nicht die Bemühungen der Schule allein. Nötig ist eine Haltungsänderung, sowohl bei den Lehr- und Fachpersonen als auch bei der ganzen Gesellschaft. Es braucht ein Bekenntnis zur Inklusion. ●

---

### In eigener Sache:

Dieser Ausgabe der Fachzeitschrift liegen erstmals nicht mehr die vierteljährlich, jeweils nach den Sessionen des Parlaments erscheinenden Polit-News bei. Sie finden diese jedoch in einer digitalen Version auf der Website von Curaviva Schweiz. Weiterhin wird auf politische Geschäfte auf digitalem Weg hingewiesen – via Newsmeldung, Newsletter oder Social-Media-Kanäle des Verbands. Und nach wie vor wird nach dem Ende der Session ein Sessionsrückblick publiziert.

---

Titelbild: Blick in den integrativen Unterricht einer Primarschulklasse. Kinder mit und ohne spezielle Bedürfnisse drücken die gleiche Schulbank.

Foto: I-Stock